

Lebensmittel und Demokratie

Autor(en): **Bieri, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **64 (2009)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-891482>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Lebensmittel und Demokratie

Unser Beiratsmitglied Hans Bieri hat die 5. europäische Konferenz der gentechfreien Regionen – Food and Democracy, Lebensmittel und Demokratie – besucht. Die Konferenz fand vom 24. bis 25. April in Luzern statt. Hier sein Fazit.

Die Wissenschaft im Dienst der Marktbeherrschung

Können die Gesellschaften selbst bestimmen, was auf den Teller kommt, oder entscheidet das der Markt? Haben wir in der EU eine Situation, dass die Kommission an den Staaten und der Bevölkerung vorbei entscheiden darf? Es wurde an der Tagung verlangt, dass die Länder ein Selbstbestimmungsrecht haben und sich gegen Risikotechnologien wehren dürfen.

Es wurde darüber diskutiert, dass die Forschung immer mehr eingeengt wird auf das wirtschaftliche Rendement (Ertrag, Nutzen). Es wurde festgestellt, dass die Wissenschaft unter diesem Zwang nicht mehr der Wissenserweiterung dienen kann, sondern nur noch selektiv den privaten Unternehmen die Mittel zur Markteroberung liefern soll. Ja, es sei sogar so, dass ein in der Fläche sich ausbreitender Misserfolg gewisser Technologien wiederum nach neuen Technologien rufe und so die beste Voraussetzung schaffe für eine zukünftige Marktbeherrschung durch solche ständig korrekturbedürftigen Technologien selbst. Angesichts solcher pervertierter Tendenzen wurde auch verlangt, dass die Forschung an gentechnisch veränderten Organismen eingestellt bzw. verboten werden soll.

Diese Reaktion ist verständlich. Sie zeigt aber deutlich, dass die deformierenden Zwänge der Wachstumswirtschaft das Problem sind und behoben werden müssten. Die Forschungsfreiheit besteht ja darin, nicht unter Zwängen handeln zu müssen und Technologien unter Gewinndruck in die Umwelt freizusetzen, obwohl der Forscher um die Risiken weiss. Deshalb braucht die Forschung Zeit und Freiraum, um die Natur zu verstehen.

Eindrücklich waren etwa die Darlegungen des Blauen-Instituts, die das Verständnis dafür schärften, wie lebende Organismen sich dynamisch verändern, Informationen austauschen, und dass die statische Vorstellung, man könne einen Organismus genteisch mit gezielt geänderten Eigenschaften herstellen, nicht möglich ist. Er verändert sich weiter. Die Auskreuzungen z.B. sind

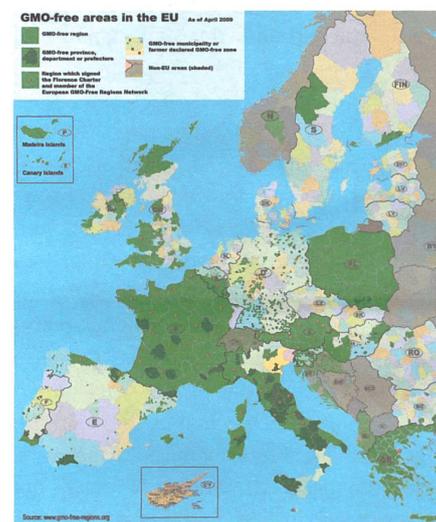
nicht geklärt. Und angesichts dieses enormen Veränderungs- und Anpassungspotenzials der Lebewesen auf allen Stufen ist die Vorstellung, der Mensch müsse den Pflanzen auf die Sprünge helfen – oder «die Natur austricksen» («to fool mother nature»), wie die Saatgutindustrie auf einem ihrer Plakate wirbt – , um ihr noch bessere Leistungen abzugewinnen, wenig überzeugend. Der Misserfolg der «Grünen Revolution» scheint bereits wieder vergessen. Pflanzen, die aufgrund gentechnischer Manipulationen mit weniger Wasser oder auf versalzeneren Böden besser gedeihen sollen, als es die Natur im Laufe von Jahrmillionen bereits ausprobiert hat, entspringen dem Wunsch nach wirtschaftlichem Gewinn. Diesen Absichten liegen keine halbwegs gesicherten Naturerkenntnisse zu Grunde.

Wir wissen, dass die Unternehmen Gewinn erwirtschaften müssen und dass Gewinne nur möglich sind, wenn die Wirtschaft dabei dauernd wächst. Aus dem ewig gleichen Naturkreislauf, an dem die Menschen teilhaben durch Produktion frischer Lebensmittel und deren Konsum im noch möglichst frischen und lebendigen Zustand, lässt sich nun einmal kein Wachstumsmarkt bauen!

Das ökonomische Ziel nach Gewinn auch im Lebensmittelbereich kann nur erreicht werden, wenn es gelingt, in diesen Naturkreislauf einzudringen und bisherige Grenzen zwecks zusätzlicher Wertschöpfung ständig auszuweiten. Rechtlich erfolgt dies auch z.B. durch Privatisierung der Natur, wie ein Bericht im Auftrag der internationalen Koalition «No Patents on Seeds» gezeigt hat. Indem am Naturkreislauf Privateigentum gebildet wird, werden Voraussetzungen geschaffen, diejenigen, welche den Naturkreislauf nutzen, einzuschränken und so monopolähnliche Renten zu erzwingen. Die zweite Komponente dieses Vorgehens besteht darin, Natur als rein industriellen Rohstoff zu betrachten, der zerlegt und umgebaut wird, um neue Produkte zu lancieren, welche die Natur ja bereits kostenlos liefert.

Um die Lebensmittelqualität zu erhalten, wurde von verschiedenen Vertretern immer

wieder die notwendige intensivere Zusammenarbeit zwischen den Bauern und den Konsumenten verlangt. Denn sie beide stehen am Anfang und am Ende der ganzen Kette der Lebensmittelherstellung, Verarbeitung, Verteilung und Konsum. Die Konsumenten haben ein Bedürfnis nach gesunder, unbedenklicher Ernährung. Die Bauern arbeiten direkt an der Natur und haben einen Zugriff auf die aus dem Naturprozess gewonnenen Produkte.



Die Sicherheit der Ernährung und der Umwelt beschäftigt die ganze Gesellschaft von Grün-Links bis zu den Bayrischen Gebirgsjägern, wie der Bericht über das Verbot von Genmais aus Deutschland deutlich gezeigt hat. Es braucht hier eine umfassende Verantwortung der ganzen Gesellschaft für ihre Lebensgrundlage. Riskante Natureingriffe als Folge des wirtschaftlichen Gewinnstrebens zeigen, dass die Wachstumsökonomie mit ihren Tendenzen, die Ernährung zu einem Wachstumsmarkt zu machen, vertieft thematisiert werden muss. Denn wie soll unter einem verschärften Agrarfreihandel – als eine der zentralen Reformforderungen der OECD und der WTO aus den 1980er Jahren – die Ernährungssouveränität eine dauerhafte Chance haben? «Food and Democracy» ein grossartiger Titel – für eine grossartige Tagung.

Hans Bieri